Wichtige Botschaft von EU-Kommissar Barnier für die Betriebsrenten

Wichtige Botschaft von EU-Kommissar Barnier für die Betriebsrenten

Anteil der grenzübergreifenden Fonds soll deutlich erhöht werden
In einem Gespräch mit Vertretern der Arbeitnehmergruppe und Finanzpolitikern der Unionsfraktion hat sich EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier zur Umsetzung des "Weißbuches Rente" geäußert. Hierzu erklärt der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Peter Weiß:
"Es gibt auf europäischer Ebene keine Pläne, die strengen Kapitaldeckungsvorschriften für Banken und Versicherungen in der Solvency II-Richtlinie unverändert auf die Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge zu übertragen. Das hat EU-Kommissar Michel Barnier im Gespräch mit Abgeordneten unserer Fraktion ausdrücklich betont.
Wir danken dem zuständigen EU-Kommissar Michel Barnier für diese unmissverständliche Feststellung. Ziel sei es im Sinne eines europäischen Mehrwerts, so Barnier in dem Gespräch, den Anteil der grenzübergreifenden Fonds deutlich zu erhöhen. Dieses Kriterium erfüllten derzeit gerade einmal 80 bis 90 der bestehenden mehreren tausend Fonds. Keinesfalls sollten jedoch funktionierende betriebliche Alterssicherungsmodelle torpediert werden, so Barnier.
Befürchtungen, die für Banken und Versicherungen sinnvollen Kapitaldeckungsvorschriften könnten auch für die betriebliche Altersvorsorge vorgeschrieben werden, hatten ihren Ursprung in Überlegungen im Kontext des Weißbuchs Rente. Eine Übernahme dieser Vorschriften hätte nach der Überzeugung von Experten die betriebliche Altersvorsorge überfordert und zu einer Erosion der zweiten Säule der Alterssicherung geführt. Unter dem Gesichtspunkt, dass bereits Unternehmen und Pensionssicherungsverein für die Einlagen haften, wären solche Anforderungen an die Kapitalrücklagen überdies vollkommen überflüssig gewesen.
Wir freuen uns, dass nunmehr allen Zweifeln der Boden entzogen ist und der Blick wieder ganz auf den Ausbau der vor dem Hintergrund des demografiebedingten langsamen Absinkens des Rentenniveaus in der ersten Säule so wichtigen betrieblichen Altersvorsorge gerichtet werden kann."

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
fraktion@cducsu.de
  http://www.cducsu.de
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=510125" width="1" height="1">

Pressekontakt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

11011 Berlin

Firmenkontakt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

11011 Berlin

CDUDie Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht.Die CDU Deutschlands steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas.Ein menschlicher, an christlichen Werten ausgerichteter Kurs: Das sind Kompaß und Richtmaß unserer Politik. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verändernden Welt weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft gehen, um unseren Kindern und Enkeln für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben.CSUWurzeln und Auftrag der CSU-Landesgruppe sind eng verknüpft mit der deutschen und bayerischen Parteiengeschichte. Die CSU-Landesgruppe ist als Zusammenschluss der Abgeordneten der CSU im Deutschen Bundestag institutionelle Basis und Kraftzentrum des bundespolitischen Gestaltungsanspruchs, der sich zu keiner Zeit ausschließlich auf die Durchsetzung bayerischer Interessen im Bund bezog, sondern immer Politik für ganz Deutschland bedeutete. Von Anfang an haben daher Mitglieder der CSU-Landesgruppe in unionsgeführten Bundeskabinetten Regierungsverantwortung übernommen.